

Kommunalwahlprogramm der AfD

Initiative Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten

Seit Jahren verkauft die Stadt ihr Tafelsilber, also Grundstücke die sie nicht selbst entwickeln will an den Meistbietenden. Das eingenommene Geld versickert im Haushalt und auf den verkauften Flächen wird dann meist hochpreisiger Wohnungsbau realisiert, den sich der Mittelstand oder sozial schwache Familien nicht leisten kann. Wir wollen diese Strategie beenden und stattdessen Grundstücke, die sich für den Wohnungsbau eignen, über verschiedene Finanzierungsmodelle an die stadteigene Wobra geben und diese beauftragen, dort mit Partnern Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten zu bauen. So soll zum einen sichergestellt werden, dass bezahlbarer Wohnraum in allen Stadtteilen entsteht, zum anderen soll die Stadt so auf eventuelle Fördergelder vom Bund für sozialen Wohnungsbau vorbereitet sein.

Jugendarbeit stärken, alle Jugendlichen einbinden

Viele Kinder und Jugendliche der Stadt werden aus unterschiedlichen Gründen von den Jugendhäusern und Freizeitclubs nicht erreicht. Wir möchten einen eigenen Platz für Kinder und Jugendliche bereitstellen, den sie, mit einem entsprechendem Budget ausgestattet, nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen entwickeln und herrichten können. Begleitet werden soll dieses Projekt durch einen eigenen Streetworker, dessen vertragliche Arbeitszeiten an dieses Vorhaben angepasst sind.

Der Jugend eine Stimme geben

Ein Ziel muss sein, Kinder und Jugendliche für Kommunalpolitik zu begeistern und ihnen die Organisation und Verwaltung einer kreisfreien Stadt nahezubringen. Dafür wollen wir ein Jugendparlament einrichten, in dem Kinder und Jugendliche sich für ihre Belange stark machen und gemeinsam mit Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung eigene Ideen und Vorschläge umsetzen können. Dazu sollen Vertreter des Jugendparlamentes ein fester Bestandteil in den entsprechenden

Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung werden und dort auch Rederecht erhalten.

Schluss mit Zuwanderung. Unsere Stadt hat seine Aufnahmekapazität erreicht

Jahrelang hat die Stadt Brandenburg deutlich mehr Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen, als sie laut Schlüssel hätte aufnehmen müssen. Damit muss Schluss sein. Die Entwicklung in unserer Stadt zeigt klar und deutlich: Wir sind am Limit. Sowohl bei Kita- Hort- und Schulplätzen aber auch in Bezug auf interkulturelle Streitigkeiten an Schulen, sozialer Betreuung oder Kriminalitätsentwicklung. Das alles kostet die Stadt, neben Unterkunft und Verpflegung jährlich Millionen aus dem städtischen Haushalt. Es ist dem Bürger gegenüber nicht vermittelbar, das wir andererseits in der Stadt darüber diskutieren, bei welchen freiwilligen sozialen Aufgaben für die hiesige Bevölkerung wir sparen können oder wir beispielsweise beim Marienbad Preise erhöhen müssen um den jährlichen Zuschuss zu senken. Die Stadtverordnetenversammlung muss gegenüber dem Land erklären, das wir keine Möglichkeit mehr haben, weitere Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen.

Verkehr. Freie Fahrt für freie Bürger.

Wir machen Schluss mit ideologischen Straßensperrungen und verkehrsberuhigten Straßen, die für lange Umwege und noch mehr Abgase sorgen. Unseren Rentnern, also denen, die den Wohlstand erarbeitet haben den die Politik heute in die ganze Welt verschenkt, wollen wir mit einem kostenlosen ÖPNV die Mobilität und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erhalten. Mit sogenannten Schichtbussen wollen wir die großen Industriestandorte der Stadt zu den Schichtwechselzeiten an den ÖPNV anbinden und somit den innerstädtischen Verkehr entlasten. Mit einer Brötchentaste in der Innenstadt wollen wir diese ein Stück weit attraktiver machen und dem Gefühl der Abzocke entgegenwirken.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die Stadt Brandenburg war immer eine Stadt der Industriearbeiter. Mittlerweile ist die Arbeitslosenquote in Brandenburg dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Dem wollen wir mit der Ausweisung neuer Industriegebiete und einer verbesserten Autobahnanbindung und Infrastruktur entgegenwirken und Brandenburg so attraktiver für industrielle Ansiedlungen machen. Jungen Unternehmern und Firmengründern wird der Start durch eine immer noch deutlich zu langsam reagierende Verwaltung unnötig schwer gemacht. Nicht selten sind für Existenzgründer Kreditlinien in Gefahr, weil die Bearbeitung von Anträgen viel zu lange dauert. Bei der Begleitung junger Existenzgründer und der damit einhergehenden Akteneinsicht viel auf, das es oftmals schon zwischen 2 und 4 Wochen dauert eine Akte in der Verwaltung von einem Zimmer zum nächsten zu schicken. Das ist einfach inakzeptabel. Wir wollen unter anderem die Bauverwaltung auch personell stärken und eine Stelle in der Verwaltung einrichten, die Existenzgründer bei der Einreichung der nötigen Unterlagen fachlich berät und begleitet, die Vollständigkeit sicherstellt und somit eine schnelle Bearbeitung und zeitnahe Entscheidung ermöglicht.

Sicherheit

Eine Folge der offenen Grenzen ist die auch in unserer Stadt stark steigende Zahl von Autodiebstählen und Einbrüchen. Natürlich können wir als Stadt weder die Anzahl der Streifenwagen noch die der Polizisten erhöhen, dies ist Ländersache. Was wir aber können, ist die Idee der Sicherheitspartner und Nachbarschaftswache wieder aufleben lassen bzw. diese durch entsprechende Schulungen weiter ausbauen. Und dies sollten wir in der Stadt zumindest versuchen. Bei Sicherheitspartnern oder Nachbarschaftswachen geht es mitnichten um eine Art „Bürgerwehr“. Vielmehr ist es dabei so, das Freiwillige mit einer entsprechenden Schulung quasi in der Nachbarschaft auf die Sicherheit achten und bei dringendem Verdacht oder dem Beobachten von Straftaten unverzüglich die Polizei rufen. In nahezu jedem Stadtteil gibt es Rentner oder beispielsweise auch Schichtarbeiter, die dann zu den entsprechenden Uhrzeiten in der Nachbarschaft nach dem Rechten sehen. Somit sorgt man für mehr, auch gefühlte, Sicherheit und stärkt den Zusammenhalt in der Nachbarschaft.